

Ressort: Politik

Grünen-Finanzexperten kritisieren FDP-Steuerpläne

Berlin, 17.10.2017, 13:50 Uhr

GDN - Kurz vor dem Start der Jamaika-Sondierungen haben Grünen-Finanzpolitiker die Steuerpläne der FDP kritisiert. "Die Pläne der FDP beim Soli sind extrem ungerecht", sagte Lisa Paus, die Steuerexpertin der Grünen-Fraktion, am Dienstag der "taz" (Online-Ausgabe).

Von einer ersatzlosen Abschaffung - wie von der FDP gewollt - profitierten vor allem Menschen mit hohem Einkommen und Unternehmen. "Es kann nicht sein, dass am Ende der Chefarzt mehr profitiert als die Krankenschwester", so Paus. Sven-Christian Kindler, der Haushaltsexperte der Grünen-Fraktion, sagte der Zeitung: "Eine ersatzlose Streichung des Solis würde ein schwarzes Loch in den Bundeshaushalt reißen." Deutschland habe aber ein großes Investitionsdefizit. Man brauche das Geld für bezahlbare Wohnungen, gute Kitas und Schulen, öffentlichen Nahverkehr und Klimaschutz. "Die FDP ist immer noch die FDP alter Schule", sagte Kindler. "Steuersenkungen für Besserverdiener first, Zukunftsinvestitionen second." FDP-Chef Christian Lindner hatte eine ersatzlose Abschaffung des Solidaritätszuschlags zur Bedingung für eine Koalition mit Union und Grünen erklärt. "Ein Jamaika-Steuerkonzept kann es nur geben, wenn es das Ende des Solidaritätszuschlags umfasst, ohne dass den Menschen das Geld an anderer Stelle wieder aus der Tasche gezogen wird", sagte Lindner der "Bild am Sonntag". Die FDP will den Soli bis Ende 2019 streichen. Dann laufen Transferleistungen für ostdeutsche Bundesländer aus, für die der Soli ursprünglich eingeführt worden war. Der Staat müsste bei einem schnellen Wegfall des Soli auf Einnahmen in Milliardenhöhe verzichten. Die Abgabe spült laut der aktuellen Steuerschätzung 2019 rund 19 Milliarden Euro in die Staatskasse, 2020 wären es 20 Milliarden, 2021 knapp 21 Milliarden Euro. Auch die Union will die Abgabe abschaffen, allerdings langsamer als die FDP. Sie verspricht, den Soli ab 2020 schrittweise "schnellstmöglich" auslaufen zu lassen. Der Soli liegt derzeit bei 5,5 Prozent der Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuerschuld.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-96195/gruenen-finanzexperten-kritisieren-fdp-steuerplaene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619